

Protokoll Nr. 6 (2019-2023)

der öffentlichen Sitzung des Fachausschusses „Kinder und Bildung“ des Beirats Vahr am 11.11.2021 in der Grundschule an der Paul-Singer-Straße

Beginn: 18:00 Uhr Ende: 20:00 Uhr

Anwesend waren:

a) vom Fachausschuss Jens Diestelmann
 Petra Hoya
 Oliver Saake (i. V. für Abdul Hamo)
 Nikolai Simson
 Dennis Waschitzek
 Helmut Weigelt

b) als beratende Fachausschussmitglieder

Hermann Assmann
Jens Emigholz

c) vom Ortsamt Sarai Auras
 Marc Liedtke

d) vom Beirat Bernd Siegel

e) als Gäste Jörn Borges (Oberschule an der Julius-Brecht-Allee)
 Frank Dahlenberg (Grundschule an der Paul-Singer-Straße)
 Kirsten Ehrhorn (Grundschule In der Vahr)
 Stefanie Lipka (Oberschule an der Kurt-Schumacher-Allee)
 Christian Sauter (Oberschule an der Kurt-Schumacher-Allee)

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt.

Das Protokoll Nr. 5 der Fachausschusssitzung am 05.05.2021 wird ebenfalls genehmigt.

TOP 1: Belastungen und Folgen in den Schulen durch die Corona-Anordnungen

Die anwesenden Schulleiter*innen Jörn Borges, Frank Dahlenberg, Kirsten Ehrhorn, Stefanie Lipka und Christian Sauter geben einen Erfahrungsbericht über die Belastungen und Folgen der Corona-Anordnungen, denen die Schulen in den letzten zwei Jahren ausgesetzt waren.

- Die Schulen im Stadtteil sind bisher vergleichsweise gut durch die Corona-Pandemie gekommen.
- Sie mussten ein Schutz- und Hygienekonzept entwickeln, was in der Anwendung viele Ressourcen bindet und generell eine enorme Belastungssituation für alle Schulsysteme darstellt.
- Es gab während des Lockdowns auch eine Phase des Distanzunterrichts.
- Vorteil: Das digitale Lernangebot wurde ausgebaut. Die Erfahrungen mit der itslearning-Plattform sind sehr gut. Die Schulen wollen weiter daran festhalten und ihr digitales Angebot weiter ausbauen.
- Nachteil: Während des Distanzunterrichts sind den Schulen viele Kinder verloren gegangen, was sich besonders im sprachlichen Bereich bemerkbar macht. Insbesondere in den Grundschulen ist festzustellen, dass den Kindern der Austausch mit anderen Personen fehlt. Sie haben in der Regel Ängste entwickelt, was dazu führt, dass diese Kinder schwerer zu beschulen sind.

- Nach wie vor sind die Klassen in Jahrgangskohorten eingeteilt.
- In den Schulen dürfen derzeit immer noch keine Feste oder Konzerte stattfinden.
- Die Durchführung von Schulprojekten verläuft ebenfalls noch nicht in der gewohnten Form.

Situation in den Grundschulen:

- Besonders der Kontakt zu den Eltern ging in den anderthalb Jahren verloren. Jetzt wollen die Schulen sie wieder mehr einbinden und am Schulalltag teilhaben lassen.
- Viele Kinder haben Schwierigkeiten zuhause zu arbeiten. Dort fehlt ihnen häufig eine Anleitung. Es gibt jetzt aber einen Leitfaden, der ihnen zeigt, wie eine Lernsammlung aussehen soll.
- Derzeit wird in den Schulen zweimal wöchentlich getestet. Das machen die Grundschüler*innen bereits selbstständig. Schwierig wird es für die Lehrkräfte, wenn ein Test positiv ausfällt. Dann müssen sie den/die Schüler*in aus dem Lernkontext herausholen und zum PCR-Test schicken. Dabei müssen sie darauf achten, dass er/sie nicht beschämt dasteht.
- Vor den diesjährigen Sommerferien musste bei einem positiven Coronatest noch die gesamte Klasse in Quarantäne. Jetzt muss nur noch das betroffene Kind in Quarantäne und der Rest der Klasse muss sich sieben Tage hintereinander testen.
- Die Erfahrungen mit der Lolli-Testung waren gut, da sie nicht so zeitaufwändig war und mehr Sicherheit gab. Aber die Organisation der Testung war sehr zeitaufwändig.

Übergreifende Kritikpunkte und Forderungen der Schulleiter*innen:

- Personalmangel/ zu wenig Lehrer*innenstunden:
 - o Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie fallen viele operative Tätigkeiten an, die von der Schule durchgeführt werden müssen. Die Schulleiter*innen kritisieren, dass das Bildungsressort es versäumt hat, zur Umsetzung der gesetzlichen Corona-Auflagen für die Schulen ein ordentliches System zu entwickeln und den Schulen Aufgaben übertragen hat, ohne zusätzliche Stunden dafür bereitzustellen.
Ein Beispiel: Bei der Schulanmeldung für das kommende Schuljahr mussten die Schulen die Eltern auf 3-G überprüfen, hatten dafür aber keine rechtliche Handhabe, was teilweise zu extremen Situationen in den Schulsekretariaten führte.
 - o Generell ist es so, dass alle Lehrer*innen systematisch überarbeitet sind. Das gilt auch für die Schulleitungen. Ihnen steht für die Aufgabe als Schulleiter*in nur knapp mehr als eine halbe Stelle zur Verfügung, mit der anderen halben Stelle arbeiten sie als Lehrer*in. Es kommen aber immer mehr Aufgaben im Bereich Schulverwaltung hinzu und das kostet Zeit, diese wird ihnen aber nicht gegeben. Ein Beispiel ist die Koordination der anstehenden Schulumbauarbeiten und -sanierungen.
Im Land Bremen gibt es im Vergleich die höchste Arbeitszeitverpflichtung und eine veraltete Zuweisung der Stunden.
 - o Auch unabhängig von der Pandemie nehmen die psychischen Probleme bei Schüler*innen zu. Die Schulen brauchen zur Unterstützung mehr pädagogisches Personal. Die ReBUZ kann diesen Mangel nicht auffangen und der schulpsychologische Dienst ist aus ihrer Sicht zu weit von der Realität entfernt.
Darüber hinaus ist es derzeit sehr schwierig, für verhaltensauffällige Kinder persönliche Assistenzen zu beantragen, selbst wenn ein Anrecht darauf besteht. Der Arbeitsmarkt ist leergefegt und die Planstellen können nicht besetzt werden. Trotzdem versuchen die Schulen das so gut es geht aufzufangen. Die Schulleiter*innen fordern in diesem Zusammenhang, dass das Verfahren die Stellen zu besetzen, beschleunigt und verbessert werden muss. So sollten zum Beispiel mehr Menschen mit Flüchtlingsstatus, die früher beispielsweise als Lehrkräfte tätig waren, qualifiziert werden, um im ersten Schritt als Assistenzen arbeiten zu können.

- Ein weiterer Punkt ist die Ausstattung der Schulen mit Tablets und anderer IT. Die technische Ausstattung ist zwar vorhanden, aber es fehlen die Stunden, um die Technik zum Laufen zu bekommen und sie zu warten. Darum müssen sich die Lehrer*innen selber kümmern und diese Stunden gehen ebenfalls verloren. Die Bildungsbehörde hat zwar Stellen im IT-Bereich ausgeschrieben, davon aber nur wenige besetzen können. Die Schulleiter*innen schlagen daher vor, die Bezahlung solcher Stellen zu erhöhen oder die Anforderungen an diese Stellen zu senken.
- Probleme gibt es auch bei der Weiterentwicklung der Schulen. Die Schulleiter*innen wollen ihre Schulen vor dem Hintergrund der Bildungschancengleichheit der Schüler*innen weiterentwickeln – auch hierfür gibt es keine extra Stunden.
- Die direkt nach den Sommerferien durchgeführte Lernstandserhebung wird als nicht repräsentativ erachtet, da unmittelbar nach den Sommerferien ohnehin Lücken in dem bereits Erlernten bestehen. Diese Erhebung ist jedoch Voraussetzung, um Mittel im Rahmen des Programms „Schüler:innen stärken“ einwerben zu können.¹ Die Ergebnisse der Lernstandserhebung haben jedoch keinerlei Auswirkung auf die Höhe der finanziellen Ausstattung der Schulen. Den Schulen ist zudem nicht bekannt, wie hoch dieses Budget sein wird – die Projektanträge müssen jedoch vorher eingereicht werden. Zur Entlastung der Schulen ist es daher wünschenswert, wenn entsprechende Mittel im Haushalt bereitgestellt werden und die Schulen anschließend darlegen, wofür die Mittel verausgabt wurden. Eine Antragstellung für jedes einzelne Projekt, ohne zu wissen, ob dieses finanziert werden kann, bindet unnötige Arbeitsressourcen.
- Aufgrund der Schüler*innenzuwächse in den kommenden Jahren kommen weitere Probleme auf die Schulen zu, denen man rechtzeitig mit dem Aus- und Neubau von Schulen begegnen muss. Bezüglich der Überlegungen von Seiten der Behörde zur Gründung eines neuen Schulstandorts im Stadtteil sind den Schulen bisher keine näheren Planungen bekannt. Die Schulleiter*innen wünschen sich daher eine transparente Schulstandortplanung und dass die geplanten Bauvorhaben auch umgesetzt werden.
- Zudem wird eine schnellere Umsetzung des gebundenen Ganztags gefordert.

Frau Dr. Petra Lippmann, Schulärztin im Stadtteil Vahr, berichtet, dass sie bei den diesjährigen Schulanfänger*innenuntersuchungen die Beobachtung gemacht hat, dass sich die Corona-Pandemie massiv auf die Kinder ausgewirkt hat. Sie haben die deutsche Sprache verlernt, bringen keine graphomotorischen Fähigkeiten mehr mit, bewegen sich zu wenig und haben sich in ihrer Selbstständigkeit zurückentwickelt. Es gibt sehr viele Rückstellungswünsche der Eltern, aber es ist nicht möglich, den halben Coronajahrgang zurückzustellen, sie würden als „Welle“ im nächsten bzw. übernächsten Jahr in die Schulen drängen. Des Weiteren äußert sie den Appell, familienfreundlichere Lösungen für Geschwisterkinder zu finden, da aufgrund einer zeitlich befristeten Änderung der Schuleinzugsgrenzen im kommenden Schuljahr einige Kinder, anstelle der Grundschule Paul-Singer-Straße, der Grundschule In der Vahr zugewiesen werden. In einigen Fällen wurde die Geschwisterkinderregelung nicht berücksichtigt und dem Geschwisterkind die Grundschule In der Vahr zugewiesen.² Dafür muss eine Lösung gefunden werden.

Herr Saake schlägt hierzu vor, einen Antrag zur Geschwisterkinderregelung zu stellen. Er erklärt sich bereit bis zur nächsten Beiratssitzung in der kommenden Woche den Antrag zu schreiben.³

Herr Siegel erkundigt sich, wie der Beirat die Schulleiter*innen konkret bei den vorgetragenen Problemen unterstützen kann? Er erinnert daran, dass der Beirat in der Vergangenheit bereits mehrere Anträge und Beschlüsse auf den Weg gebracht hat, was zu einer Verbesserung der Situation in den Schulen geführt hat. Viele neue Probleme sind jetzt dazu gekommen. Es sind u.a. die Themen Digitalisierung, Assistenzen, Lehrer*innenstunden. Er bietet an, mit der Senatorin über die Probleme zu sprechen und schlägt vor, dass der Beirat zu den Punkten, die heute angesprochen wurden, einen neuen Antrag formuliert.

¹ Nähere Informationen hierzu können abgerufen werden unter [Bildung Bremen](#).

² Näheres hierzu ist zu finden in dem [Protokoll Nr. 20](#) der Beiratssitzung am 21.09.2021 mit der Anlage 4: [Anschreiben SKB zur befristeten Änderung der Schuleinzugsgrenzen](#).

³ [Nachtrag](#): Die Thematik wurde aufgerufen in der Beiratssitzung am 16.11.2021, siehe [Protokoll Nr. 22](#) mit der dazugehörigen Anlage 5: [Antragsentwurf zur Härtefallregelung Geschwisterkinder](#).

Der Fachausschuss verständigt sich darauf, Behördenvertretungen und Schulleitungen zu einer der nächsten Beiratssitzungen einzuladen sowie einen Antrag mit Forderungen an die Bildungsbehörde einzubringen und das Thema über die Fraktionen in die Leitungsebene der Behörde zu tragen.

TOP 2: Erfahrungen mit dem Sommerferienprogramm⁴

Die Schulleitungen berichten:

- Das Sommerferienprogramm wurde aus Kapazitätsgründen nicht an allen Schulen im Stadtteil angeboten.
- Dort, wo es angeboten wurde, waren die Erfahrungen sehr gut.
- Es wurde in diesem Jahr weniger Mathematik und Deutsch angeboten, sondern eher Weltwissen vermittelt.
- Es haben um die 50 Kinder pro Schule mitgemacht.
- Das Programm wurde mit Lehrkräften der eigenen Schule veranstaltet.
- Auf Nachfrage von Herrn Siegel, ob es das Angebot auch im kommenden Jahr wieder angeboten wird, konnten die Schulleitungen der beiden Grundschulen noch keine Zusage geben.
- Die Zusammenarbeit mit dem Bürgerzentrum Vahr war sehr gut.
- Das Zirkusprojekt soll weiterhin stattfinden. Es hat sich verstetigt.

TOP 3: Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Sprecher

Weigelt

Vorsitz

Auras

Protokoll

Liedtke

⁴ Hintergrundinformationen zu den Lernferien sind zu finden unter [Bremische Bürgerschaft](#).